

**Beschluss des MIT-Bundesvorstands am 10.12.2012 in Berlin**  
**Vorschlag: MIT Bremerhaven**

**Gegen eine europaweite Einlagensicherung**

Die MIT lehnt die EU-Pläne zur Einführung einer europaweiten Einlagensicherung entschieden ab und fordert die Bundesregierung auf, den Plänen der Kommission zu einer europäischen Einlagensicherung endgültig eine Absage zu erteilen.

Die MIT unterstützt alle Maßnahmen, das Vertrauen in den Euro zu festigen. Grundlage dafür ist das Versprechen, dass die Währungsunion eine Stabilitätsunion ist und bleibt und dabei dürfen nicht die Grundlagen für ein wirtschaftlich solides Europa in Frage gestellt werden.

**Begründung:**

Die EU plant im Zuge einer vertieften Wirtschafts- und Währungsunion auch eine Bankenunion. Die Überlegungen sehen neben Regeln zum Umbau oder der Abwicklung maroder Banken und einer gemeinsamen Bankenaufsicht auch eine gemeinschaftliche Einlagensicherung vor.

Sparkassen und Genossenschaftsbanken befürchten, dass die zur Absicherung ihrer Kunden angesparten Mittel bei Schieflagen von Banken in anderen Euroländern eingesetzt werden sollen. Mit einer bundesweiten Anzeigenaktion haben sich die Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin gewandt und sie an Ihre Versprechen vom 5. Oktober 2008 erinnert, „dass die Spareinlagen sicher sind“.